A10 Den Gegnern der Republik mit den Mitteln der Republik begegnen!

Antragsteller*in: Hermann Kuhn (KV MÖV)
Tagesordnungspunkt: 2. Anträge

Ein wesentliches und bedrückendes Ergebnis der Bundestagswahl ist der Einzug der AfD als drittstärkste Kraft in den Deutschen Bundestag. Damit werden im Bundestag Abgeordnete sitzen, die nationalkonservativ bis nationalistisch und geschichtsrevisionistisch, bis völkisch und rechtsextrem sind. Sie alle sind Gegner der Republik, insofern sie im Gegensatz zur Pluralität der parlamentarischen Demokratie beanspruchen, „das Volk" direkt zu vertreten.

Ein Kern dieser Abgeordneten und ihrer Wähler ist die rechtsextreme Strömung, die es auch in Deutschland immer gegeben hat und die es auch früher in unterschiedlichen Formationen in Landtage geschafft hat (in Bremen NPD, Republikaner, DVU). Neu ist der Erfolg der AfD, weit darüber hinaus Wähler und Wählerinnen (in kleinerer Zahl) gewinnen zu können. Nur eine von vielen Ursachen, aber dann doch der entscheidende Treibstoff und Katalysator dafür war die „Flüchtlingsfrage".

Der Aufstieg der AfD ist Teil einer weithin in der westlichen Welt zu beobachtenden Bewegung gegen den gegenwärtigen Modernisierungsschub: Globalisierung, die schnellen Umwälzungen durch Digitalisierung; Welthandel, offene Grenzen; Vielfalt der Religionen und überhaupt der Lebensstile; weltweite Krisen und Migrationsbewegungen. Die Antwort der AfD ist das vergebliche und – wenn versucht – sehr verlustreiche Projekt, die tatsächliche Verflechtung und sehr komplexe gegenseitige Abhängigkeit der Gesellschaften in sich und untereinander wieder zurückzudrehen, zu kappen und Sicherheit und Kontrolle durch Abschottung „zurückzuholen" (so Anti-Euro- und „Wir holen uns unser Land zurück"-Slogans der AfD). Die Zumutungen der modernen individuellen Selbstverantwortung sollen mit dem Rückzug auf „objektive" kollektive Identitäten (vor allem der nationalen) abgewehrt werden.

Sozio-ökonomisch ist die Wählerschaft der AfD im Großen und Ganzen ein Spiegelbild der deutschen Gesellschaft, bei der letzten Wahl mit einem leichten Zuwachs bei geringer Qualifizierten und Arbeitslosen. Der Sammelbegriff der „Abgehängten" trifft die Sache daher nicht. Es geht vielmehr um Menschen, die sich bedroht fühlen und „am Rand", an der „Peripherie". An der Peripherie: geographisch, sozial und kulturell.

An der Peripherie geographisch (was aber eben vor allem auch kulturell empfunden wird): das erklärt einen Teil der AfD-Erfolge in den ostdeutschen Bundesländern. Die soziale Randstellung und Unzufriedenheit kommt hier dazu, erklärt sicher auch viele „Proteststimmen". Wesentlich ist aber das Gefühl, kulturell „an den Rand" gedrängt zu werden: durch die Anforderungen an Mobilität und Flexibilität (und die Befriedigung daran), die Auflösung fester Lebensformen, die Zumutungen der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Vielfalt in „Gender, Race und Diversity"; durch die damit verbundenen Sicherheits- und (Vor-)Machtverluste. All diese Facetten hat die AfD in der „Flüchtlingsfrage" zusammenführen können.

Wir stimmen mit den Auffassungen und Positionen der AfD in keinem Punkt überein, wir werden sie weiter mit unseren starken Argumenten für die Demokratie, für die Lehren aus der Geschichte und die Achtung der Menschenwürde politisch angreifen und bekämpfen. Schubladen für Partei und ihre Wähler („Nazis") sind dabei aber

nicht hilfreich, weil sie nicht differenzieren und dadurch einige eher erst in diese Schublade treiben könnten. Auf die Parole „Wir sind das Volk“ können wir nicht antworten: „Nein, wir sind es“.

Für diese Auseinandersetzung ist es wesentlich, dass wir zwischen falschen, aber legitimen Auffassungen, und illegitimen, weil die Achtung der Menschenwürde verletzenden, Auffassungen unterscheiden. Die letzteren müssen – auch mit den Mitteln des Rechtsstaats – bekämpft und zurückgewiesen werden; in diesen Fragen gilt auch der sonst richtige Grundsatz „mehr Streit unter den Parteien“ nicht. Hier suchen wir vielmehr die Einheit „aller Demokraten“ bis zur CDU. Die Existenz der AfD ist für sich allein keine Aufforderung für ein „breites linkes Bündnis“. Wohl aber die Aufforderung zu verstärkten Anstrengungen für politischer Bildung zur Demokratie, die lange vernachlässigt wurde.

In unseren Augen ganz falsche, aber legitime Auffassungen (zum Beispiel pro Atomkraft, für eine „Obergrenze“ usw.) sind für die Debatte zugelassen und müssen deshalb politisch bekämpft werden – wir dürfen sie nicht grundsätzlich außerhalb des Konsenses stellen und schon dadurch als „erledigt“ ansehen. Das bedeutet auch, dass wir uns nicht scheuen werden, reale gesellschaftliche Probleme auch dann zu benennen, wenn die AfD sie ihrerseits zum demagogischen Ausgangspunkt ihrer Politik macht. Das gilt auch für das Bedürfnis nach Sicherheit und „Aufgehobenheit“.

Stehende Floskel ist inzwischen, man müsse nun „die Ängste der AfD-Wähler ernst nehmen“. Unsere Antwort darauf ist: Wir wollen die Ängste aller Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen – auch die Ängste der Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, der Opfer von Mietwucher und, und. Aber wir wollen die Ängste nicht schüren und ausbeuten, sondern sie aufklären und wo möglich in einen Antrieb für Lösungen verwandeln.

Unsere Auseinandersetzung mit der AfD (und ihren Umfeldorganisationen) Ist nicht eine Auseinandersetzung zwischen „Links“ und „Rechts“, sondern eine Auseinandersetzung zwischen Demokratie, Republik und Menschenrechten auf der einen und anti-pluralistischen, anti-parlamentarischen und identitären, auf den Ausschluss von Minderheiten von den Menschenrechten zielenden Ideologien und Bewegungen.

Eine bessere Sozialpolitik zur Ermächtigung der BürgerInnen zur Teilhabe; sozialer Ausgleich und Zusammenhalt der Gesellschaft sind Kernthemen der Grünen, auch ganz ohne die AfD. Demokratische politische Kultur lässt sich jedoch nicht mit höheren Staatsausgaben „kaufen“. Akzeptanz der Komplexität politischer Entscheidungen, Vertrauen in Debattieren, Abwägen und Kompromissbildung, also auch Respekt vor parlamentarischer Demokratie können wir nur durch gute Anwendung dieser Mittel selbst verteidigen und zurück gewinnen. Die Schlüssel sind Respekt und politischer Streit.

Unterstützer*innen

Helga Trüpel (KV MÖV); Henrike Müller (KV MÖV); Kirsten Kappert-Gonther (KV Nordost); Daniel Buscher (KV MÖV); Linda Neddermann (KV Kreisfrei)